

Antrag Nr. 14-O-12-0005

SPD-Fraktion

Betreff:

Aktualisierung der Wiesbadener Verkehrsentwicklungsplanung (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat (Dezernat IV/Amt 66) wird um Stellungnahme zu folgenden Punkten gebeten:

1. Welche inhaltlichen und zeitlichen Vorstellungen bestehen zu der vorgesehenen und dringend notwendigen Überarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes?
2. Welche Priorität hat die Entwicklung einer bedarfsorientierten Verkehrskonzeption für die östlichen Stadtbezirke, insbesondere auch für Erbenheim?
3. Wann wird endlich der „AK östliche Vororte“ reaktiviert, dessen Einberufung wiederholt und nachdrücklich von den betroffenen Stadtbezirken gefordert und von den politisch Verantwortlichen auch zugesagt wurde ?

Begründung:

Für die weitere Entwicklung der Wiesbadener Infrastruktur ist - gerade im Hinblick auf geplante neue Baugebiete - eine aktuelle, bedarfsorientierte Verkehrsentwicklungsplanung unerlässliche Voraussetzung. Dies erscheint inzwischen auch innerhalb der städtischen Beschlussgremien unstrittig. Allerdings sind nach unseren Informationen die Gesamtkosten von 900.000 EURO über die Haushaltsjahre 2014 - 2016 auf 3 Jahre „gestreckt“, so dass von einer längeren Bearbeitungszeit auszugehen ist.

Auch wenn der HH 2014/2015 noch der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde bedarf, interessiert es uns angesichts der bereits heute bestehenden akuten Verkehrsprobleme brennend, welche Vorstellungen die Verantwortlichen dieser Stadt zur weiteren Bearbeitung dieser schwierigen Thematik haben. Dabei ist es sicherlich verständlich, dass wir möglichst frühzeitig erfahren wollen, welche Perspektiven und konkreten Lösungsvorschläge für Erbenheim zu erwarten sind.

Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist das Kommunikationsverhalten der politisch Verantwortlichen im Wiesbadener Rathaus in diesen Fragen absolut optimierungsbedürftig. Deshalb möchten wir mit diesem Antrag erneut und nachdrücklich darauf hinweisen, dass es dringlichen Handlungsbedarf gibt. Außerdem erwarten wir zukünftig - auch im Interesse der von uns vertretenen Bürgerinnen und Bürger - einen etwas aufgeschlosseneren und offensiveren Umgang mit diesem für unsere Zukunft existentiellen Themenkomplex.

Wiesbaden, 21.01.2014

Reinhold
Fraktionssprecher